

Drum prüfe, wer sich online bindet

Für Heidenheims Ärzte steht der Entschluss fest: Nein zur elektronischen Patientenkarte

Die schon früher geäußerte Absicht von Heidenheimer Ärzten, sich gegen die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte auszusprechen, hat jetzt im Rahmen einer schriftlichen Abstimmung starken Rückenwind erfahren.

ERWIN BACHMANN

Bereits im November hatten im Rahmen einer Vollversammlung der Heidenheimer Kreisärzteschaft knapp 40 niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten eine klare Position gegen die elektronische Versichertenkarte bezogen. Um dieses Votum auf eine möglichst breite Basis zu stellen, waren in der Folge alle weiteren Kollegen in Stadt und Kreis Heidenheim im Rahmen einer Umfrage mit in den Entscheidungsprozess einbezogen worden.

Das jetzt vorliegende Ergebnis dieser schriftlichen Befragung ist eindeutig. Über 80 Prozent aller 200 im Kreisgebiet niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten haben sich dafür ausgesprochen, Front gegen die elektronische Gesundheitskarte zu machen und damit die vom Heidenheimer Bürger-Patienten Treff organisierte Aktion „E-Card-freie Zone Kreis Heidenheim“ zu unterstützen. „Ein sehr eindrucksvolles Ergebnis“, wie Dr. Christoph Ströhle in seiner Funktion als Vorsitzender der Kreisärzteschaft findet, hatte man das für ein gemeinsames Vorgehen notwendige Quorum doch bei 60 Prozent angesetzt.

Das über die Erwartungen hinausgehende gute Echo stärkt die Position des Heidenheimer Ärztebündnisses, das mit seiner Aktion eine Vorreiterrolle für andere Landkreise in Baden-Württem-



ber übernimmt. Ihr Nein zur E-Card wird die örtliche Widerstandsbewegung jetzt in Form von Protestbriefen kundtun, die an das Bundesministerium für Gesundheit, das Sozialministerium in Stuttgart und an die Kasinenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg geschickt werden sollen. Darin erinnern die Mediziner an den schon 2008 vom Deutschen Ärztetag gefassten Beschluss, wonach eine bundesweite Telematik-Infrastruktur mit der verpflichtenden Online-Anbindung und der Speicherung sensibler Krankendaten in einer zentralen Serverstruktur abgelehnt

und eine Neukonzeption des gesamten Projekts gefordert wird. Gleichzeitig machen die um den Datenschutz besorgten Ärzte deutlich, dass sie die Anschaffung der für das neue System notwendigen Kartenlesegeräte verweigern werden.

Parallel dazu holen die E-Card-

und eine Neukonzeption des gesamten Projekts gefordert wird. Gleichzeitig machen die um den Datenschutz besorgten Ärzte deutlich, dass sie die Anschaffung der für das neue System notwendigen Kartenlesegeräte verweigern werden.

Parallel dazu holen die E-Card-

Gegner auch die Patienten ins Boot. Dazu geht die in Sachen Gesundheitspolitik inzwischen kampfproben Heidenheimer Ärzteschaft ein weiteres Mal auf die Straße. Schauplatz ist der Eugen-Jaekle-Platz, wo am kommenden Samstag zwischen 9.30 und 14 Uhr an einem Stand Informationsmaterial zu dem strittigen Thema bereitgehalten wird. Dort ist auch eine von der gerade in Heidenheim gut bekannten Gesundheitsaktivistin und Bürgerrechtlerin Renate Hartwig verfasste „Schutzerklärung“ erhältlich. Damit können die um die Wahrung ihrer Persönlichkeitsrechte besorgte Patienten ihre datenschutzrechtlichen Bedenken hinsichtlich der E-Card bekunden und der Krankenkasse untersagen, ihre Gesundheitsdaten auf zentralen Rechnern jenseits der Praxis ihres Arztes zu speichern. Zudem ist eine Patientenverfügung vorbereitet, mit der jeder Bürger seinen Arzt verpflichten kann, auf die zentrale Speicherung seiner Daten zu verzichten – ein Dokument, dass zur Hinterlegung in der Arztpraxis bestimmt ist.

Zusätzliche Aktualität gewinnen die Aktivitäten der Heidenheimer Ärzte durch eine Entscheidung von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler, der jetzt für die weitere Entwicklung der neuen, noch nicht als praxistauglich eingeschätzten Gesundheitskarte ein unbefristetes Moratorium verhängt hat. Dieser vorläufige Stopp wird von Heidenheims Kreisärzteschaftsvorsitzenden Ströhle ausdrücklich begrüßt. Unabhängig davon halte man an der Aktion fest, mit der man unmissverständliche Zeichen setzen will: „Die Basis macht das so nicht mit.“